

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

zum/zur

A0174/10 FDP-Ratsfraktion

Bezeichnung

Bürgerbeauftragter Internet

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	25.01.2011
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	24.02.2011
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	10.03.2011
Verwaltungsausschuss	11.03.2011
Stadtrat	31.03.2011

Der Antrag greift das Problem der in manchen Stadtgebieten noch unzulänglichen Breitbandversorgung auf und lautet:

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, im I. Quartal 2011 bis auf weiteres einen „Bürgerbeauftragten Internet“ zu benennen.
2. Der Internetbeauftragte erstattet in regelmäßigen Abständen im RWB Bericht über die Entwicklung der Versorgungslage.
3. Die Entwicklung der Versorgungslage wird aktuell auf den Internetseiten der Landeshauptstadt dargestellt.

Dazu wird wie folgt Stellung genommen:

Der Antrag wird nicht befürwortet.

Das Dezernat III wurde vom Oberbürgermeister mit Beginn der Breitbandinitiativen von Bundes- und Landesregierung im Frühjahr 2009 mit der Thematik befasst. Im Mittelpunkt der Aktivitäten standen und stehen die Umsetzung des Fördermittelbescheids (nach einem sehr aufwändigen Antragsverfahren) zur Versorgung der ländlichen Stadtteile und damit der Teilorte Magdeburgs, die Durchführung einer online-Erhebung zur aktuellen Breitbandversorgung, darauf bezogene Kontakte mit den Internetanbietern in der Stadt, die Wahrnehmung öffentlicher Veranstaltungen mit Bürgern in Stadtteilen und die Koordination mit der Landesregierung (vgl. S 0266/10 auf eine Anfrage der FDP-Fraktion hin). Die für November geplante Durchführung eines „Breitbandgipfels“ mit betroffenen Bürgern und Anbietern muss aus Kapazitätsgründen auf März 2011 verschoben werden.

Die genannten Aufgaben werden durch das Team Gewerbeimmobilien anlassbezogen wahrgenommen, das allerdings auf absehbarer Zeit vorrangig mit wichtigen Erschließungsmaßnahmen der Stadt mit einem Kostenaufwand von über 20 Mio Euro befasst ist. Im Zusammenhang mit der Breitband-Problematik können Aufgaben, die über die oben beschriebenen hinausgehen, nicht übernommen werden.

Aus der Begründung des Antrages geht hervor, dass von einem „Bürgerbeauftragten Internet“ eine kontinuierliche umfangreiche Aufgabenwahrnehmung erwartet wird. Dazu zählen gemäß

Antragstellung: ständiger direkter Ansprechpartner gegenüber „Unternehmen, Einwohnern, Gemeinwesen-AG´s und Bürger- und Gewerbevereinen“, regelmäßige Berichterstattung im RWB über die Entwicklung der Versorgungslage und die aktuelle (!) Darstellung der Versorgungslage auf den Internetseiten der Landeshauptstadt. Dies alles würde die Schaffung einer zusätzlichen Stelle voraussetzen.

Gegen die Berufung eines städtischen „Bürgerbeauftragten Internet“ bestehen auch grundsätzliche Bedenken. Eine solche Funktion würde den Eindruck erwecken, als sei die Versorgung mit schnellem Internet primär eine öffentliche Aufgabe. Dies ist jedoch nicht der Fall. Vielmehr bestünde die Gefahr, dass es zu Markteingriffen und Ungleichbehandlung gegenüber Kommunikationsanbietern kommt und über Wettbewerbsbenachteiligung Klage geführt wird.

Vorgeschlagen wird, auf den in der Antragsbegründung benannten Link www.zukunft-breitband.de/BBA/Navigation/Breitbandatlas.html auf der Seite www.magdeburg.de hinzuweisen.

Rainer Nitsche
Beigeordneter